

Geschäftsverteilungsplan des Bundesfinanzhofs für das Geschäftsjahr 1986

A. Sachliche Zuständigkeit der Senate

I. Senat

1. Körperschaftsteuer.
2. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b, Abs. 2 AO 1977, betreffend die Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen mit den Anfangsbuchstaben M bis O, Q bis S, ohne St.
3. Einkommensteuer (einschließlich Lohnsteuer) und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a und b, Abs. 2 AO 1977, wenn Fragen der beschränkten Steuerpflicht, des Außensteuergesetzes und/oder der Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen streitig und diese Fragen allein oder überwiegend zu entscheiden sind.
4. Steuerabzug vom Kapitalertrag (einschließlich Pauschsteuer gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über steuerrechtliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln und bei Überlassung von eigenen Aktien an Arbeitnehmer).
5. Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen gemäß § 50a EStG.
6. Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen gemäß § 18 AStG.
7. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften i. S. der Nummern 1 bis 3.
8. Kapitalverkehrsteuern.
9. Kirchensteuer mit Ausnahme der Haftungsfälle, für die der VII. Senat zuständig ist.

II. Senat

1. Einheitsbewertung mit Ausnahme der Nummer 5 beim III. Senat.
2. Gesonderte Feststellung des Wertes der in § 11 Abs. 2 BewG bezeichneten Anteile an inländischen Kapitalgesellschaften.
3. Erbschaft- und Schenkungsteuer.
4. Grunderwerbsteuer.
5. Vermögensteuer.
6. Grundsteuer.
7. Rennwett- und Lotteriesteuer.
8. Versicherungsteuer.
9. Feuerschutzsteuer.
10. Wechselsteuer.
11. Spielbankabgabe.
12. Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern.

III. Senat

1. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b, Abs. 2 AO 1977, betreffend die Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen mit den Anfangsbuchstaben A bis F, P, St, T bis Z.
2. Einkommensteuer (einschließlich Lohnsteuer) betreffend außergewöhnliche Belastungen, wenn nur diese streitig sind.
3. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften i. S. der Nummer 1.
4. Investitionszulagen.
5. Einheitsbewertung betreffend die mit Ablauf des 31. Dezember 1984 beim III. Senat anhängigen Streitigkeiten, bei denen nur über die Artfeststellung Ein- oder Zweifamilienhaus (§ 75 Abs. 5 und 6 BewG) zu entscheiden ist.
6. Lastenausgleichsabgaben.
7. Beförderungsteuer und Straßengüterverkehrsteuer.

IV. Senat

1. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b, Abs. 2 AO 1977, betreffend
 - a) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft,
 - b) Einkünfte aus selbständiger Arbeit.
2. Gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a, Abs. 2 AO 1977, betreffend
 - a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb für Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben A bis J,
 - b) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft und aus selbständiger Arbeit für alle Personengesellschaften.
3. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften i. S. der Nummer 2 Buchst. a.
4. Gesonderte Teilwertfeststellung gemäß § 55 Abs. 5 EStG i. V. m. § 179 Abs. 1 und 2 AO 1977.

V. Senat

Umsatzsteuer mit Ausnahme der Einfuhrumsatzsteuer und der Haftungsfälle, für die der VII. Senat zuständig ist.

VI. Senat

1. Einkommensteuer, betreffend
 - a) Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit,
 - b) Sonderausgaben gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 7 EStG,
 - c) Tarifvorschriften gemäß §§ 32 bis 32b EStG, auch soweit die Zusammenveranlagung von Eheleuten wegen der Anwendung des Splittingtarifs streitig ist, wenn nur diese Fragen zu entscheiden sind.
2. Lohnsteuer, mit Ausnahme der Nummer 3 beim I. Senat, der Nummer 2 Buchst. c beim VII. Senat und der Nummer 1 Buchst. a und c beim IX. Senat.
3. Gesonderte Feststellung der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit.
4. Bergmannsprämien.
5. Vermögenswirksame Leistungen und Steuerermäßigungen nach den Vermögensbildungsgesetzen.
6. Arbeitnehmervergünstigungen nach dem BerlinFG.

VII. Senat

1. Zölle und Verbrauchsteuern (§ 10 Abs. 2 Satz 2 FGO) sowie Marktordnungssachen.
 - a) Zölle, einschließlich Zolltarif, sonstige Eingangs- und Ausfuhrabgaben, zugehörige Erstattungen und Subventionen,
 - b) bundesgesetzlich geregelte Verbrauchsteuern (Art. 108 Abs. 1 GG) einschließlich der Einfuhrumsatzsteuer, sowie Finanzmonopole,
 - c) Marktordnungssachen (§ 29 des Gesetzes zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen) einschließlich Währungsausgleichsbeträgen und sonstige Abgaben, Erstattungen und Subventionen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften.
2. Allgemeines Abgabenrecht und Prozeßrecht bei Streitigkeiten, betreffend
 - a) Angelegenheiten nach dem Steuerberatungsgesetz (§ 33 Abs. 1 Nr. 3 FGO),
 - b) Steuergeheimnis, wenn nur diese Frage zu entscheiden ist,
 - c) Haftung für Kirchensteuer, Lohnsteuer und Umsatzsteuer, wenn diese nicht auf dem Einzelsteuergesetz beruht und die Höhe der Steuer nicht streitig ist,
 - d) Aufrechnung, Abtretung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis und Abrechnungsbescheide, wenn nicht zugleich die Steuerfestsetzung streitig ist,

- e) Verwaltungsakte wegen Zwangsmitteln (§ 328 AO 1977),
 - f) Vollstreckung, mit Ausnahme der Aufteilung einer Gesamtschuld, sowie Arrestanordnung und Arrestvollziehung,
 - g) Kostenaussatz und Kostenfestsetzung für gerichtliche Verfahren, soweit nicht nur die Wertberechnung streitig ist, mit Ausnahme der Nichterhebung von Kosten gemäß § 8 GKG,
 - h) landesrechtlich geregelte Kosten.
3. Kraftfahrzeugsteuer.
 4. Streitigkeiten, die im Geschäftsverteilungsplan nicht geregelt sind.

VIII. Senat

1. Einkommensteuer, betreffend
 - a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen mit den Anfangsbuchstaben G bis L und gesonderte Feststellung dieser Einkünfte gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b, Abs. 2 AO 1977,
 - b) Einkünfte aus Kapitalvermögen,
 - c) Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns,
 - d) Verlustabzug gemäß § 10d EStG.
2. Gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a, Abs. 2 AO 1977, betreffend
 - a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb für Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben K bis Z,
 - b) Einkünfte aus Kapitalvermögen.
3. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften i. S. der Nummern 1 Buchst. a und 2 Buchst. a.

IX. Senat

1. Einkommensteuer, betreffend
 - a) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (auch im Lohnsteuerermäßigungsverfahren, wenn in diesem Verfahren nur diese Einkünfte streitig sind),
 - b) sonstige Einkünfte,
 - c) Sonderausgaben gemäß § 10 mit Ausnahme des Abs. 1 Nr. 7, §§ 10b, 10c EStG, (auch im Lohnsteuerermäßigungs- und Lohnsteuer-Jahresausgleichsverfahrens, wenn nur diese Sonderausgaben streitig sind), ausgenommen Streitigkeiten, bei denen nur Tarifvorschriften der §§ 32 bis 32b EStG streitig sind,
 - d) Steuerermäßigung gemäß § 17 BerlinFG, wenn nur diese streitig ist.
2. Gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a, Abs. 2 AO 1977, betreffend
 - a) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
 - b) sonstige Einkünfte.
3. Wohnungsbauprämien.
4. Sparprämien.

Großer Senat

Fälle des § 11 Abs. 3 und 4 i. V. m. § 184 Abs. 2 Nr. 5 FGO.

Ergänzende Regelungen

I. Übergreifende Zuständigkeiten

1. Ist eine Entscheidung zu mehreren Steuern und/oder Steuerfestsetzungen und/oder gesonderten Feststellungen angefochten, welche nach den vorstehenden Regeln in die Zuständigkeit mehrerer Senate fallen, ist zunächst der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die Sache mit dem höchsten Streitwert fällt. Sind Schätzungen der Umsätze und der Einkünfte zugleich angegriffen, tritt an Stelle des V. Senats zunächst der I., III., IV., VIII. oder IX. Senat.
2. Der gemäß Nummer 1 zuständige Senat ist allgemein zuständig für diejenigen Entscheidungen und Verfahrensmaßnahmen, welche aus prozeßrechtlichen Gründen nur einheitlich ergehen können, insbesondere für
 - a) die Verwerfung des Rechtsmittels als unzulässig,
 - b) die Zwischenentscheidung über die Zulässigkeit des Rechtsmittels,

- c) die Entscheidung über den Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Versäumung der Rechtsmittelfrist oder der Revisionsbegründungsfrist,
 - d) für aufhebende Urteile gemäß § 119 FGO, sofern die Rüge das Urteil im ganzen erfaßt,
 - e) die Entscheidung über die Zulässigkeit der Klage, sofern diese einheitlich erhoben war, sowie im Falle des Artikels 3 § 1 VGFEntG,
 - f) die Entscheidung über den Antrag auf Verlängerung der Revisionsbegründungsfrist.
3. Bei der Zuständigkeit gemäß Nummer 1 verbleibt es, wenn zu den mehreren Steuern oder Steuerfestsetzungen oder gesonderten Feststellungen nur solche Rechtsfragen streitig sind, die einheitlich zu entscheiden sind, oder im Fall der Nummer 1 Satz 2 außer der Schätzung keine andere umsatzsteuerliche Rechtsfrage streitig ist, oder zu der nicht in der allgemeinen Zuständigkeit des gemäß Nummer 1 zuständigen Senats liegenden Steuer nur unzulässige Verfahrensrügen erhoben worden sind.
 4. Ist der Rechtsstreit nicht auf Grund einer Entscheidung gemäß der Nummer 2 abgeschlossen und sind die Voraussetzungen übergreifender Zuständigkeit gemäß der Nummer 3 nicht erfüllt, wird durch die Trennung der Verfahren jeweils die Zuständigkeit des nach den allgemeinen Regeln der Geschäftsverteilung zuständigen Senats begründet und entfällt die Zuständigkeit gemäß den Nummern 1 und 2.
 5. Für Anträge auf Prozeßkostenhilfe zur künftigen Einlegung eines Rechtsmittels oder vor Begründung der Revision verbleibt es bei der Regelung der Nummer 1. Die Regelung der Nummer 4 greift erst ein, wenn nach Antragstellung die Revision zulässig eingelegt und begründet oder die Beschwerde zulässig eingelegt worden ist und die Verfahren zur Hauptsache getrennt worden sind.
 6. Sind mehrere Entscheidungen angefochten, die denselben Steuerpflichtigen betreffen, sind aber zu den mehreren Steuern oder Steuerfestsetzungen oder gesonderten Feststellungen nur materielle Rechtsfragen streitig, über die bei Zulässigkeit des Rechtsmittels einheitlich entschieden werden muß, ist der in Nummer 1 Satz 1 bezeichnete Senat zuständig. Der gemäß Nummer 1 Satz 2 i. V. m. den allgemeinen Regeln der Geschäftsverteilung zuständige Senat ist auch für die Umsatzsteuer zuständig, wenn dem einen angefochtenen Urteil eine Schätzung der Einkünfte, dem anderen eine Schätzung der Umsätze zugrunde liegt, mit beiden Rechtsmitteln die Schätzungen angegriffen wurden und über keine andere umsatzsteuerrechtliche Frage zu entscheiden ist.

II. Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen dem I., III., IV., VI., VIII. und IX. Senat

1. Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, von denen einer die Höhe des gewerblichen Gewinns betrifft, ist der I., III., IV. oder VIII. Senat zuständig.
2. Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, aber ohne den Streitpunkt nach vorstehender Nummer 1, von denen einer die Höhe des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft oder aus selbständiger Arbeit betrifft, ist der IV. Senat zuständig.
3. Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, aber ohne Streitpunkte nach den vorstehenden Nummern 1 und 2, von denen einer die Einkünfte aus Kapitalvermögen, die Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns oder den Verlustabzug betrifft, ist der VIII. Senat zuständig.
4. Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, aber ohne Streitpunkte nach den vorstehenden Nummern 1 bis 3, von denen einer die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, die sonstigen Einkünfte oder die Sonderausgaben gemäß § 10 mit Ausnahme des Absatzes 1 Nr. 7, §§ 10b, 10c EStG betrifft, ist der IX. Senat zuständig.
5. Ist die Art der Einkünfte oder die Art der Ausgaben streitig, richtet sich die Zuständigkeit nach der Sachentscheidung der Vorinstanz. Hat diese über die Art der Einkünfte nicht entschieden, so richtet sich die Zuständigkeit nach der Entscheidung der Behörde.
6. Ergibt sich die Zuständigkeit weder nach den Zuständigkeitsregelungen für Einkommensteuer bei dem I., III., IV., VI., VIII. oder IX. Senat, noch nach den vorstehenden Ausnahme- und Abgrenzungsregelungen, so ist der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die überwiegenden streitbefangenen Einkünfte fallen.

7. Sofern die Geschäftsverteilung in Fällen der gesonderten Feststellung i. S. von § 180 Abs. 1 und 2 AO 1977 eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, wird sie wie folgt vorgenommen:
 - a) Trägt die Firmenbezeichnung Familiennamen, so ist immer der erste Buchstabe des ersten Familiennamens maßgebend,
 - b) in den übrigen Fällen ist immer der erste Buchstabe der Firmenbezeichnung maßgebend.
8. Sofern die Geschäftsverteilung bei natürlichen Personen eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, richtet sich die Zuständigkeit in den Fällen, in denen der Steuerpflichtige verstorben oder in Konkurs gefallen ist oder einen Steuererstattungsanspruch abgetreten hat, nach dessen Familiennamen und dessen Verhältnissen (vgl. Nummer 6).
9. In Haftungsfällen richtet sich die Zuständigkeit nach dem Namen des Steuerschuldners, in dessen Person die Steueransprüche entstanden sind.

III. Abgabenordnung 1977 (AO 1977) und Finanzgerichtsordnung (FGO)

1. Die vorstehenden Zuständigkeitsregelungen betreffen auch alle Nebenverfahren, z. B. die Verfahren über die Nichtzulassungsbeschwerde und den vorläufigen Rechtsschutz (§§ 69, 114 FGO) und auch solche Verfahren, die sich zwar aus dem Hauptverfahren ergeben, mit diesem aber in keinem sachlichen Zusammenhang stehen (z. B. wegen Ordnungsgeld gegen nicht erschienene Zeugen).
2. Die Fachsenate entscheiden über Fragen der Abgabenordnung und der Finanzgerichtsordnung, soweit nicht der VII. Senat zuständig ist (Nummer 2 der Zuständigkeit des VII.

Senats). Das gilt auch für Streitsachen über Säumniszuschläge, Verspätungszuschläge und Zinsen.

3. Streitsachen über die Anordnung und Durchführung einer
 - a) überwiegend Veranlagungssteuern umfassenden Betriebsprüfung bzw. Außenprüfung (§§ 193 ff. AO 1977) entscheidet der zuständige Ertragsteuersenat,
 - b) eine einzelne Steuerart betreffende Prüfung (z. B. USt-Sonderprüfung) der für die jeweilige Steuerart zuständige Fachsenat.

IV. Übergangsregelungen

1. Anhängige Streitsachen gehen von dem bisher zuständigen Senat auf den auf Grund der Änderung des Geschäftsverteilungsplanes neu zuständig gewordenen Senat in der Verfahrenslage über, in der sie sich befinden. Nach mündlicher Verhandlung tritt keine Änderung der Zuständigkeit mehr ein.
2. Der Geschäftsverteilungsplan 1984 gilt für Zuständigkeitsregelungen, die im vorliegenden Geschäftsverteilungsplan nicht aufgeführt sind, für den Fall fort, daß insoweit künftig noch Streitsachen anhängig werden.
3. Soweit sich Zuständigkeitsregelungen auf z. Z. geltende Gesetzesvorschriften beziehen, gelten sie auch für die entsprechenden Vorschriften in früher geltenden Gesetzen, wenn in Streitsachen das frühere Recht maßgebend ist.

V. Anwendung des Geschäftsverteilungsplans

Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Senaten über Fragen der Geschäftsverteilung entscheidet das Präsidium.

B. Besetzung der Senate mit Vertretungsregelung

I. Senat

Vorsitzender:
Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Meßner

Regelmäßiger Vertreter:
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Woerner

Weitere Mitglieder:
Richter am Bundesfinanzhof Pfeiffer
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Geist
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Widmann
Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Wassermeyer

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Drenseck
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Woerner und
Pfeiffer
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Grube
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Geist,
Dr. Widmann und
Prof. Dr. Wassermeyer

II. Senat

Vorsitzender:
Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Rid

Regelmäßiger Vertreter:
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Günther

Weitere Mitglieder:
Richter am Bundesfinanzhof Heise
Richter am Bundesfinanzhof Loose
Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Hofmann
Richter am Bundesfinanzhof Mark

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Mößlang
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Günther und
Loose

Richter am Bundesfinanzhof Hellwig
für die Richter bzw. Richterinnen am Bundesfinanzhof
Heise,
Dr. Hofmann und
Mark

III. Senat

Vorsitzender:
Präsident des Bundesfinanzhofs Prof. Dr. Klein

Regelmäßiger Vertreter:
Richter am Bundesfinanzhof Hauter

Weitere Mitglieder:
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Ebling
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Keßler
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Jansen
Richter am Bundesfinanzhof Herden

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Olbertz
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Ebling und
Dr. Jansen
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Hein
für die Richter am Bundesfinanzhof
Hauter,
Dr. Keßler und
Herden

IV. Senat

Vorsitzender:
Vizepräsident des Bundesfinanzhofs Nissen

Regelmäßiger Vertreter:
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Leingärtner

Weitere Mitglieder:
Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Schmidt
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Weiß
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Schwendy
Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Groh

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Mundt
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Leingärtner und
Prof. Dr. Schmidt

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Widmann
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Weiß,
Dr. Schwendy und
Prof. Dr. Groh

V. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Sigloch

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Wachweger

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Padberg
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Mößlang
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Seeger
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Wagner

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Mathiak
für die Richter am Bundesfinanzhof
Padberg,
Dr. Mößlang und
Dr. Seeger
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Herrmann
für die Richter am Bundesfinanzhof
Wachweger und
Dr. Wagner

VI. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Grimm

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. v. Bornhaupt

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Offerhaus
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Seeliger
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Sunder-Plassmann
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Drenseck

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Scholtz
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Offerhaus und
Dr. Seeliger

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Söffing
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. v. Bornhaupt,
Dr. Sunder-Plassmann und
Dr. Drenseck

VII. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Prof. Beisse

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Dänzer-Vanotti

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Prugger
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Beermann
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Hein
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Olbertz

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Sunder-Plassmann
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Dänzer-Vanotti und
Dr. Beermann

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Wagner
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Prugger,
Dr. Hein und
Dr. Olbertz

VIII. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Dr. h. c. Döllerer

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Erdweg

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Söffing
Richter am Bundesfinanzhof Mathiak
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Scholtz
Richter am Bundesfinanzhof Hellwig

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Wassermeyer
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Söffing und
Mathiak

Richter am Bundesfinanzhof Herden
für die Richter am Bundesfinanzhof
Erdweg,
Dr. Scholtz und
Hellwig

IX. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Schellenberger

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Wollny

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Andersen
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Herrmann
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Grube
Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Mundt

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Jansen
für den Richter bzw. die Richterin am
Bundesfinanzhof
Dr. Herrmann und
Dr. Mundt

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Seeger
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Wollny,
Andersen und
Dr. Grube

**Großer Senat
(1986/1987)**

Vorsitzender:

Präsident des Bundesfinanzhofs Prof. Dr. Klein

Vertreter:

Vizepräsident des Bundesfinanzhofs Nissen

Bestellte Mitglieder und bestellte Vertreter:

1. Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Dr. h. c. Döllerer
Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Leingärtner
2. Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Prof. Beisse
Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof Dr. Keßler
3. Richter am Bundesfinanzhof Dr. Woerner
Vertreter: Richterin am Bundesfinanzhof
Dr. Hofmann

4. Richter am Bundesfinanzhof Erdweg
Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof Dr. Söffing
5. Richter am Bundesfinanzhof Dr. Offerhaus
Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof Loose
6. Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Groh
Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof Dr. Geist

Fallen ein Mitglied und sein Vertreter aus, so treten an deren Stelle die nächstfolgenden Vertreter, an die Stelle des Vertreters Nummer 6 der Vertreter Nummer 1.

Anmerkungen

1. Nach welchen Grundsätzen die Mitglieder an den Verfahren mitwirken, bestimmen die Vorsitzenden der Senate (§ 21g Abs. 2 GVG).
2. Fehlt bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern bei einer Sitzung ein Richter, so tritt an seine Stelle der an sich für

diese Sitzung nach der Regelung des Vorsitzenden des Senats ausgeschlossene Richter. Fehlen bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern zwei Richter und ist dadurch der Senat unterbesetzt, so tritt der Vertreter des dienstältesten fehlenden Richters an dessen Stelle.

3. Im Falle der Verhinderung eines regelmäßigen Vertreters tritt der zweite für Mitglieder des gleichen Senats bestimmte regelmäßige Vertreter für ihn ein. Ein regelmäßiger Vertreter ist auch dann verhindert, wenn er von dem Senat, in dem er Mitglied ist, gleichzeitig zu einer Sitzung außerhalb des regelmäßigen Sitzungstages beansprucht wird. Im Falle der Verhinderung beider regelmäßiger Vertreter bestimmt der Präsident des Bundesfinanzhofs den dienstjüngsten verfügbaren Richter zum Vertreter.
4. Für den Fall der Verhinderung des Vorsitzenden des Senats und dessen Vertretung durch den regelmäßigen Vertreter gilt dieser als fehlend.

C. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes (1985/1986)

I. Mitglieder kraft Gesetzes

1. der Präsident des Bundesfinanzhofs
2. die Vorsitzenden der beteiligten Senate des Bundesfinanzhofs

Bei Verhinderung des Präsidenten tritt sein Vertreter im Großen Senat, bei Verhinderung des Vorsitzenden eines beteiligten Senats sein Vertreter im Vorsitz an seine Stelle.

II. Mitglieder durch Entsendung:

Vertreter:

- | | |
|---|---|
| I. Senat: | |
| Richter am Bundesfinanzhof Dr. Woerner | Richter am Bundesfinanzhof Dr. Geist |
| II. Senat: | |
| Richter am Bundesfinanzhof Heise | Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Hofmann |
| III. Senat: | |
| Richter am Bundesfinanzhof Hauter, Dr. Ebling | Richter am Bundesfinanzhof Dr. Keßler, Dr. Jansen |
| IV. Senat: | |
| Richter am Bundesfinanzhof Dr. Leingärtner | Richter am Bundesfinanzhof Dr. Schwendy |

V. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Wachweger Richter am Bundesfinanzhof Padberg

VI. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. von Bornhaupt Richter am Bundesfinanzhof Dr. Offerhaus

VII. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Dänzer-Vanotti Richter am Bundesfinanzhof Dr. Beermann

VIII. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Mathiak Richter am Bundesfinanzhof Dr. Scholtz

IX. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Wollny Richter am Bundesfinanzhof Andersen

Großer Senat:

Vorsitzende Richter am Bundesfinanzhof Prof. Beisse und Dr. Dr. h. c. Döllerer Richter am Bundesfinanzhof Erdweg und Dr. Woerner

Ist auch der namentlich benannte Stellvertreter des zu entsendenden Richters verhindert, so tritt ein anderes Mitglied des beteiligten Senats jeweils in der Reihenfolge des Dienstalters in den Gemeinsamen Senat ein.

D. Auflegung des Geschäftsverteilungsplans

Der Geschäftsverteilungsplan liegt in der Präsidialgeschäftsstelle des Bundesfinanzhofs zur Einsichtnahme aus.